

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Lutz Reyher, Walter Hoffmann, Jürgen Kühl und Rudolf Riefers

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes
in der Bundesrepublik 1969 und 1970

August 1969

9

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik 1969 und 1970*

Lutz Reyher, Walter Hoffmann, Jürgen Kühl und Rudolf Riefers

Die Elastizität des Arbeitsmarktes im Jahre 1969 war in der vorangegangenen Prognose realistisch eingeschätzt worden: Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahre real um fast 7 v. H. zunehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Durchschnitt des Jahres um rund 470 000 Personen (+ 1,8 v. H.) steigen, die der Arbeitslosen auf 170000 bis 180000 zurückgehen (im Herbst unter 100 000). Auch die sonstigen inländischen Arbeitskraftreserven werden ausgeschöpft, das Vollbeschäftigungsziel ist realisiert. Die Ausländerbeschäftigung erreicht einen neuen Höhepunkt: Im Jahresdurchschnitt werden etwa 1,35 Mio. nichtdeutscher Arbeitnehmer im Bundesgebiet beschäftigt sein.

Die Prognosetechnik wurde weiterentwickelt: Insbesondere wurde die Vorausschätzung des inländischen Erwerbskräftepotentials verfeinert durch getrennte Ermittlung der verschiedenen Bestimmungsgrößen. Zur Beurteilung der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation wird der Ausgawert verschiedener Indikatoren für den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft diskutiert. Die Statistik der „Offenen Stellen“ zeigt offensichtlich nicht die tatsächliche Nachfrage nach *zusätzlichen* Arbeitskräften an. Der wirkliche Bedarf läßt sich gegenwärtig am zuverlässigsten aus der gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Produktivitätsentwicklung ableiten.

Im Jahre 1970 nimmt das inländische Erwerbskräftepotential voraussichtlich um 140000 Personen ab. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften im kommenden Jahr läßt sich gegenwärtig schwerlich abschätzen. Würde das in der Zielprojektion der Bundesregierung angestrebte Wachstumstempo von real rund 4 v. H. erreicht werden, dann bliebe die Vollbeschäftigung erhalten. Dagegen muß mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt gerechnet werden, wenn die Nachfrageentwicklung hinter dieser Zielgröße spürbar zurückbleibt.

Vor knapp einem Jahr veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung seine erste kurzfristige Arbeitsmarktprognose für das zweite Halbjahr 1968 einschließlich eines Ausblicks auf die Entwicklung im Jahre 1969¹⁾. Zwar ist die tatsächliche Entwicklung am Arbeitsmarkt statistisch zur Zeit erst für einen verhältnismäßig kleinen Teil des Jahres bekannt, da die meisten in diesem Zusammenhang relevanten Statistiken allzusehr hinter der Zeit zurückbleiben. Dennoch ist die Weiterentwicklung bis zum Jahresende mit einiger Sicherheit vorauszuschätzen: Die Elastizität des Arbeitsmarktes wird, wie hier vorausgesagt worden war, genügend groß sein, um auch im Jahre 1969 ein kräftigeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, als damals weithin geglaubt wurde.

Das schließt Schätzungsfehler an dieser oder jener Stelle der gesamten Prognose nicht aus. Teils beruhen sie auf der Fehlerhaftigkeit einiger von anderen Stellen übernommener Grundannahmen, teils auf mangelnder Zuverlässigkeit der seinerzeit verfügbaren Statistiken, teils auch darauf, daß diese oder jene Komponente der Gesamtentwicklung nicht mit dem ihr gebührenden Gewicht in die Prognose eingegangen ist. Allerdings heben sich im vorliegenden Falle die Schätzungsfehler bei den einzelnen Komponenten gegenseitig weitgehend auf; für die Gesamtprognose fallen sie kaum ins Gewicht.

* Abgeschlossen am 29. 7. 1969.

¹⁾ Vgl. „Mitteilungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 4, Oktober 1968, S. 218-236.

Inzwischen konnte die Analysetechnik verfeinert werden, insbesondere im Hinblick auf einen der wichtigsten Bausteine der hier angestrebten Prognose, nämlich die Vorausberechnung des im Prognosezeitraum verfügbaren Arbeitskräftepotentials.

Der nachfolgende Beitrag enthält eine Vorausschätzung der mutmaßlichen Arbeitsmarktentwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1969 und ihre Beurteilung. Zum anderen wird aufgezeigt, mit welchem Arbeitskräfteangebot im Jahre 1970 in der Bundesrepublik zu rechnen sein wird und welche Entwicklungsmöglichkeiten bei alternativen konjunkturellen Konstellationen zu erwarten sind.

Zur Entwicklung im Jahre 1968

Der Rückblick auf die tatsächliche Arbeitsmarktentwicklung im vergangenen Jahr gibt Anlaß zu einigen, wenngleich nicht erheblichen Korrekturen an der hier vor Jahresfrist veröffentlichten Prognose:

- Das aufgrund der amtlichen Bevölkerungsvorausschätzung unterstellte Bevölkerungswachstum im Jahre 1968 war um etwa 50000 Personen zu hoch angesetzt worden; das inländische Erwerbspotential reduziert sich demzufolge um etwa 20 000 Personen.
- Leicht unterschätzt wurde ferner die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im 2. Halbjahr 1968.

Auf Jahresbasis stieg die Beschäftigung laut Berechnung des Statistischen Bundesamtes um 53 000 Personen, also um 0,2 v. H., wogegen an dieser Stelle im September 1968 noch mit einem leichten Rückgang um 0,1 v. H. gerechnet worden war. Diese Fehleinschätzung ist eindeutig auf die Differenz zwischen der damals hier wie anderswo angenommenen und der effektiven Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen. Alle kompetenten Institutionen hatten für das 2. Halbjahr 1968 mit einer Wachstumsrate von real 4,5 v. H. gerechnet, die effektive Zuwachsrate betrug jedoch 9,0 v. H.

Unterschätzt wurde der Beschäftigungsanstieg namentlich in der Verarbeitenden Industrie: Im zweiten Halbjahr nahm die Beschäftigtenzahl dort um rd. 80 000 Personen *mehr* zu, als hier unterstellt worden war. Allerdings war in der Industrie auch die Differenz zwischen erwartetem (+ 5,9 v. H.) und tatsächlichem Produktionswachstum (+ 14,1 v. H.) in diesem Zeitraum besonders ausgeprägt.

Verglichen mit der Unterschätzung des Wirkungstempos der Anregungsmaßnahmen bei der Produktion war die Fehlerquote bei der Beschäftigungsprognose relativ gering: Der stärkere konjunkturelle Aufschwung war also — typisch für diese Phase des Konjunkturzyklus — von einer um fast ebensoviel stärkeren Entwicklung der Produktivität begleitet.

- Aufgrund der trotzdem verbleibenden kräftigen Beschäftigungsentwicklung erhöhte sich die Zahl nichtdeutscher Arbeitnehmer rascher und verringerte sich die Zahl der inländischen Arbeitslosen etwas mehr, als hier angenommen worden war. Zugleich ging damit auch die sonstige ungenutzte inländische Reserve an Arbeitskräften zurück. Für den Jahresdurchschnitt 1968 muß sie nunmehr auf insgesamt rd. 375 000 Personen veranschlagt werden (gegenüber den im vorangegangenen Artikel ausgewiesenen 449 000 Personen). Die zur Jahresmitte ermittelten Reserven wurden also bereits früher als vermutet, nämlich schon zum Ende des vergangenen Jahres mehr in Anspruch genommen. Für 1969 mußte also von einer entsprechend geringeren Arbeitskräftereserve ausgegangen werden.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Jahre 1969

Die nachfolgende Arbeitsmarktprognose geht von der Annahme aus, daß das **Bruttoinlandsprodukt** real im Durchschnitt dieses Jahres um

²⁾ Dies entspricht der neuesten Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Würde die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts noch etwas höher ausfallen, dann können auch zusätzliche Produktivitätsfortschritte erwartet werden. Die hier vorgelegte Arbeitsmarktprognose dürfte also davon weitgehend unberührt bleiben.

6,7 v. H. zunehmen wird²⁾. Im ersten Halbjahr, so wird unterstellt, betrug die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate real 9,2 v. H., im zweiten Halbjahr geht sie — aufgrund des bereits sehr hohen Produktionsniveaus in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres — auf 4,5 v. H. zurück (vgl. Tabelle 5 im Anhang).

Wie realistisch die derzeitigen Sozialproduktprognosen sind, ist allerdings nicht leicht abzuschätzen. Unsicherheit herrscht schon im Hinblick auf die künftige Entwicklung der inländischen Nachfrageaggregate, besonders des privaten Investitionsvolumens. Allerdings ist angesichts der zur Zeit recht großen Auftragsbestände in der Investitionsgüterindustrie wohl nicht zu befürchten, daß selbst ein rasch einsetzender Wandel in der Investitionsneigung sich noch in diesem Jahre auf die Produktionsentwicklung auswirken würde. Ungewiß ist aber vor allem, in welchem Ausmaß die Güterausfuhr zunehmen wird. Da der Außenwert der DM zunächst unverändert gelassen wurde, ist nicht auszuschließen, daß der Nachfragesog aus dem Ausland rasch oder gar beschleunigt ansteigt. Dadurch könnte die Wachstumsrate des Sozialprodukts etwas höher ausfallen als bisher unterstellt, zumal eine stärkere Steigerung der Ausfuhr über Multiplikator- und Akzeleratoreffekte auch eine Vergrößerung des inländischen Nachfragevolumens mit sich bringen würde.

Die **Produktivität** (hier: reales Sozialprodukt je Erwerbstätigen) wird in diesem Jahre angesichts der stark ausgelasteten Produktionskapazitäten schwächer steigen als 1968. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wird hier nur mit einem Zuwachs um 4,8 v. H. gerechnet (vgl. Tabelle 6 im Anhang).

Unter Berücksichtigung der Veränderung in der durchschnittlichen Arbeitszeit und in der Zahl der Arbeitstage resultiert somit zur Realisierung dieser Produktionssteigerung ein **Mehrbedarf von rund 470 000 Erwerbstätigen (= + 1,8 v. H.)** gegenüber dem Vorjahr.

Der *Mehrbedarf an Arbeitnehmern* liegt noch höher. Der Rückgang in der Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte sich, nahezu unbeeinflusst von Konjunkturwandlungen, fast im gleichen Tempo wie in den vergangenen Jahren (1969 um rund 95 000 Personen) fortsetzen. Somit entspricht — definitionsgemäß — der Zunahme der Erwerbstätigenzahl um rund 470 000 eine *Zunahme der Zahl der abhängig Beschäftigten* um rund 570 000. Damit würden 21,8 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sein; das sind 2,7 v. H. mehr als im Vorjahr. Der bisherige Höchststand von 1966 wäre wieder erreicht.

Mit Ausnahme der schon seit längerem strukturell schrumpfenden Wirtschaftsbereiche (Landwirtschaft, Bergbau und Verkehr) steigt die

Nachfrage nach Arbeitskräften voraussichtlich in allen Bereichen der Wirtschaft. Absolut und prozentual weitaus am stärksten wird die Beschäftigungszunahme im *Verarbeitenden Gewerbe* sein: Im Jahresdurchschnitt wird hier mit einem Zuwachs um 4,2 v. H. gerechnet, d. h. die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird um rund 390 000 Personen größer sein als 1968. Damit wird das Verarbeitende Gewerbe den Beschäftigungshöchststand von 1965 bereits wiedererlangen. In der *Bauwirtschaft* ist ebenfalls mit einem weiteren Beschäftigungsanstieg zu rechnen. Die Zunahmerate wird allerdings — analog zur relativ schwachen Aufwärtsentwicklung der Bauproduktion — verhältnismäßig niedrig sein. Im Durchschnitt des Jahres wird die Zahl der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft noch immer um rund 8 Prozent hinter dem Niveau des Jahres 1965 zurückbleiben.

Im Vorjahresvergleich wird sich der Beschäftigungsanstieg im Laufe des Jahres abflachen. Ist im *ersten Halbjahr* im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft mit einem Abstand zum Vorjahr von + 2,1 v. H. (Arbeitnehmer: + 3,0 v. H.) zu rechnen, so dürfte — vor allem wegen des schon relativ hohen Beschäftigungsstandes im zweiten Halbjahr 1968 — dieser Abstand in der *zweiten Jahreshälfte* 1969 nur noch + 1,5 v. H. (Arbeitnehmer: + 2,4 v. H.) betragen. Ein ähnlicher Verlauf ist auch im Verarbeitenden Gewerbe zu erwarten: Einem Zuwachs von 4,6 v. H. im ersten Halbjahr steht nur noch ein Wachstum von 3,0 v. H. im zweiten Halbjahr gegenüber.

Das Angebot an Arbeitskräften im Jahre 1969

Die Abschätzung des in einem zukünftigen Zeitraum verfügbaren **Arbeitskräftepotentials** muß sich — wie in Heft 4 der „Mitteilungen“ ausführlich dargelegt³⁾ — an der Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen orientieren. Dieser — auch im Ausland⁴⁾ gebräuchliche — Ansatz fand zum Teil kritische Aufnahme. Unstrittig ist wohl die Notwendigkeit einer Erwerbspersonenprognose überhaupt. Ohne eine solche Vorausschau ist eine rationale Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik selbst auf kurze Sicht unmöglich. Umstritten ist jedoch, wie das Arbeitskräftepotential definiert werden soll. Für den vorliegenden Zweck wird ein empirisch orientierter Potentialbegriff benötigt, der kurzfristige Prognosen zuläßt. Diese Bedingungen erfüllt das hier — analog zur Bestimmung technischer Kapazitäten — zugrunde

³⁾ Vgl. „Mitteilungen“, Nr. 4, a.a.O., S. 207—217.

⁴⁾ Vgl. z. B. Grais, Bernard A.: Arbeitsmarktforschung und Arbeitsmarktprojektion in Frankreich; in: „Mitteilungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 8, Juni 1969, S. 573—578.

⁵⁾ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1967, Ziffer 249.

gelegte Potentialkonzept. Es beruht darauf, daß die in Jahren starker Arbeitskräftenachfrage festgestellte Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen der Männer und Frauen unter Berücksichtigung beobachteter Trends in die Zukunft extrapoliert wird. Dabei müssen freilich demographische Entwicklungen und der Einfluß von Sonderfaktoren berücksichtigt werden.

Ob eine solche Erwerbsbeteiligung, die sich bei starker Nachfrage nach Arbeitskräften einstellt, zu wünschen ist oder wegen unerwünschter (vermeintlicher oder tatsächlicher) Begleiterscheinungen oder gar möglicher Kollisionen mit anderen Zielsetzungen lieber vermieden werden sollte, ist eine politische Entscheidung.

Schließlich ist ein solcher — wenn möglich, durch Einbeziehung der Arbeitszeitkomponente verfeinerter — Potentialbegriff erforderlich, weil, wie die letzte Rezession gezeigt hat, die Erfüllung des arbeitsmarktpolitischen Postulats des Stabilitätsgesetzes unter den gegebenen Bedingungen in der Bundesrepublik nicht in der jeweiligen Höhe der Arbeitslosenquote zum Ausdruck kommt. Die Zielsetzung sollte vielmehr als angestrebter Beschäftigungsgrad definiert sein⁵⁾.

Eine derartige Potentialschätzung für die Bundesrepublik ist jedoch zunächst nur im Hinblick auf die *inländische Bevölkerung* sinnvoll. Eine entsprechende Trennung zwischen in- und ausländischen Erwerbspersonen wurde hier vorgenommen. Aus allen verfügbaren Statistiken — vor allem aber aus den Sondererhebungen der Bundesanstalt — wurde ein plausibles Bild von der Höhe und der Entwicklung der Erwerbsquote ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ermittelt. Es wurden — untergliedert nach Geschlecht und Alter — den nichtdeutschen Arbeitnehmern im Bundesgebiet die nichterwerbstätigen Angehörigen (Ehefrauen und Kinder vor allem) zugeordnet. Die so ermittelte „ausländische Wohnbevölkerung im Inland“ wurde sodann von der Gesamtwohnbevölkerung im Bundesgebiet subtrahiert. Daraus ergab sich die in der Tabelle 1 im Anhang dargestellte Aufgliederung von Bevölkerung, Erwerbspersonen und Erwerbsquoten auf In- und Ausländer in den Jahren 1960 bis 1969.

Zur Abschätzung des im Prognosezeitraum verfügbaren *inländischen Arbeitskräftepotentials* bedarf es ferner der Aufspaltung der inländischen *Erwerbsquotenveränderung* in ihre wichtigsten Bestandteile. Tabelle 2 im Anhang zeigt diese Aufspaltung seit 1960 (vgl. auch Abbildung 2). In der Spalte 2 sind die jährlichen absoluten Veränderungen der inländischen Potential-Erwerbsquoten der hier gewählten Definition aufgeführt. Abgesehen vom Jahre 1960, in dem auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch zum Teil konjunkturell bedingt war, wurden bis zum Jahre 1965 die effektiven Erwerbsquoten üblicher De-

definition (Erwerbspersonen = Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose) gleichgesetzt mit den potentiellen Erwerbsquoten. In diesen Jahren, so wird jetzt — etwas abweichend vom früheren Vorgehen⁶⁾ — angenommen, habe es keine konjunkturell erklärbare Arbeitslosigkeit, sei es registrierte oder nicht registrierte, gegeben.

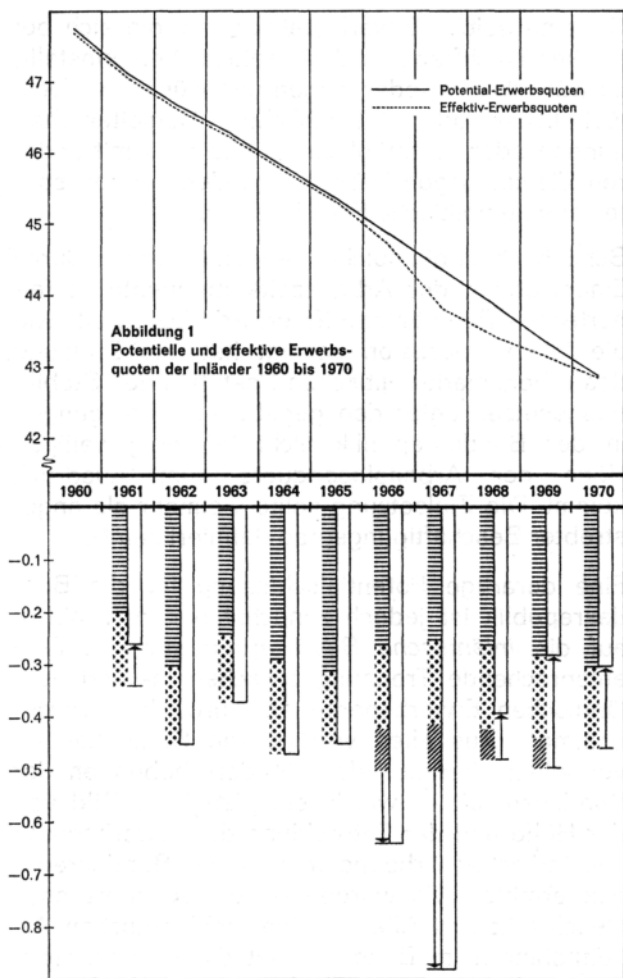
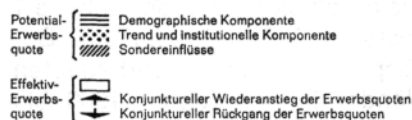


Abbildung 2
Absolute Veränderung der Inländererwerbsquoten und ihre Komponenten
1961 bis 1970 (Veränderung gegenüber Vorjahr in v.H.-Punkten)

Vgl. Tab. 2 im Anhang



Entsprechend stimmen die jährlichen Veränderungen von Effektiv- und Potentialquoten in diesen Jahren überein. Die Spalten 3 und 4 in der Tabelle 2 zeigen die Aufgliederung dieser Erwerbsquotenveränderungen auf die *demographische Komponente* (Spalte 3) und — als Restgröße — auf die Trends in den spezifischen Erwerbsquoten (einschließlich institutioneller Faktoren wie Veränderungen im Schulsystem usw.) (Spalte 4). Es zeigt sich, daß die mit den spezifischen Inländer-Erwerbsquoten von 1961 und mit der jeweiligen nach Alter und Geschlecht gegliederten Bevölkerung errechnete demographische

Komponente bei nur geringen Schwankungen in der Größenordnung von $-0,25$ bis $-0,30$ v. H.-Punkten pro Jahr liegt. Vor allem wegen des ungünstigen Altersaufbaus führt das Wachstum der Bevölkerung also nicht zu einer entsprechenden Zunahme des inländischen Arbeitskräftepotentials: Bei konstanter Bevölkerung würde die Zahl der inländischen Erwerbspersonen jährlich um rd. 150000 allein wegen demographischer Gegebenheiten zurückgehen.

In Spalte 4 der Tabelle 2 kommt die Veränderung der *Erwerbsneigung* (einschließlich Verlängerung der Ausbildungsdauer) der inländischen Bevölkerung zum Ausdruck. Für die Zeit seit 1966 wurde hier in erster Annäherung der Durchschnittswert der vorangegangenen Jahre angenommen. Dieses Vorgehen scheint für die Jahre 1966 bis 1968 vertretbar, da sich die Veränderungen im Ausbildungssystem in diesen Jahren (Kurzschuljahre und Einführung des neunten Schuljahres in einigen Bundesländern) nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenseitig ausgeglichen haben. Lediglich im Jahre 1969 muß die Einführung des 9. Schuljahres in Bayern bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbsquote zusätzlich berücksichtigt werden (vgl. Spalte 5 der Tabelle 2). Abgesehen von solchen und ähnlichen Sondereinflüssen⁷⁾ sind Unterschiede zwischen der Entwicklung der Potentialerwerbsquoten und der effektiven Erwerbsquoten (Sp. 6) von Jahr zu Jahr konjunkturellen Ursprungs (vgl. Spalte 7 der Tabelle 2). Hierin zeigt sich die *ß7-dung stiller Arbeitsmarktreserven in der Rezession und ihr Abbau in der Hochkonjunktur*.

Mit dieser Berechnungsmethode ergibt sich für 1969 ein Rückgang der inländischen Potentialerwerbsquote um $0,49$ v. H.-Punkte. Trotz des zu erwartenden Wachstums der inländischen Bevölkerung um etwa 315 000 Personen — hier wurden die jüngsten verfügbaren Bevölkerungsvoraussetzungen des Statistischen Bundesamtes verwendet — ergibt sich somit für 1969 ein Rückgang des inländischen Erwerbspotentials um 150 000 Personen.

Das in diesem Jahr tatsächlich verfügbare Angebot an nichtdeutschen Arbeitskräften für den

⁶⁾ Vgl. „Mitteilungen“ Nr. 4, a.a.O., S. 232 (Tabelle 8, Sp. 16).

⁷⁾ Hier wurde wohl zutreffend angenommen, daß das in den Jahren 1966 bis 1968 beobachtete Ausscheiden einer Anzahl von Rentnern aus der Erwerbstätigkeit jedenfalls kurzfristig irreversibel ist (vgl. Spalte 5 der Tabelle 2). Obwohl es sich hierbei im Grunde um den Einfluß der Konjunktur auf die Erwerbsquote handelt, wurde unterstellt, daß die einmal ausgeschiedenen Rentner nicht wieder ins Erwerbsleben zurückkehren werden. Das bedeutet nicht, daß die Erwerbsquote insofern nicht auf ihren alten Entwicklungspfad zurückkehren könnte. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Altersgrenze hinaus bei der derzeitigen Konjunkturlage sicherlich genauso häufig vorkommt, wie dies vor der Rezession der Fall war. Die Beschäftigung von Rentnern wird, wenn auch noch nicht 1969, so doch vermutlich nach weiteren ein bis zwei Jahren bei entsprechend starker Nachfrage das alte Niveau wieder erreichen.

deutschen Arbeitsmarkt ist einerseits abzuschätzen anhand der Angaben der Behörden in den Herkunftsländern. Diese Angaben orientieren sich allgemein an den in diesen Ländern registrierten oder geschätzten Arbeitslosenzahlen. Trotz einiger Abschläge, die man vorsichtshalber hier und da machen muß, ist davon auszugehen, daß zur Jahresmitte 1969 in den Ländern, in denen die deutsche Arbeitsverwaltung Anwerbekommissionen unterhält, insgesamt noch etwa *1 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich zur Anwerbung ins Bundesgebiet bereitstehen*. Rein quantitativ — auf die Qualifikationsaspekte wird weiter unten noch einzugehen sein — stehen also in den Anwerbeländern weitaus mehr Arbeitskräfte zur Verfügung, als die deutsche Wirtschaft gegenwärtig aufzunehmen in der Lage ist. Auch das *Abwicklungstempo der Vermittlung ist kein ernsthafter Engpaß*. Zur Zeit werden wöchentlich etwa 7000 Ausländer neu ins Bundesgebiet vermittelt. Die Zahl steigt zudem rasch an. Viele arbeitsbereite Ausländer kommen daneben aus eigener Initiative ins Bundesgebiet, um erst hier eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Per Saldo, also unter Berücksichtigung der laufenden Rückwanderungen steigt die Zahl der im Bundesgebiet beschäftigten Ausländer zur Zeit um monatlich 50 000 bis 60000 Personen. Die Arbeitsverwaltung hat sich mithin als sehr flexibel erwiesen.

Vom Angebot her ist also in absehbarer Zukunft keine Obergrenze der Beschäftigung weiterer Ausländer im Bundesgebiet in Sicht. Vorstellbar wäre allenfalls eine solche Grenze auf der Nachfrageseite im Sinne einer wie auch immer definierten „Absorptionsfähigkeit“ der Wirtschaft. Aber auch von einer solchen Grenze, selbst wenn es sie geben sollte, wären wir noch weit entfernt. Projizierte man beispielsweise regionale Höchstwerte des Anteils der Ausländer an den Beschäftigten (etwa von Stuttgart) auf das gesamte Bundesgebiet, dann ergäbe sich eine Zahl von nahezu 3 Millionen Ausländern, eine Zahl also, die außerhalb der vorstellbaren Entwicklung in den nächsten Jahren liegt. Nur bis etwa 1975 schrumpft ja das inländische Erwerbspotential, ist also ein Ausgleich durch jährlich rd. 100000 weitere ausländische Arbeitskräfte nötig, wenn das in der mittelfristigen Zielprojektion angestrebte Wirtschaftswachstum erreicht werden soll.

Die Arbeitskräftebilanz im Jahre 1969

Stellt man die oben dargestellte Nachfrage nach Arbeitskräften dem vorhandenen Angebot im In- und Ausland gegenüber, so wird deutlich, daß *die zur Realisierung des erwarteten Wirtschaftswachstums erforderlichen Arbeitskräfte in diesem Jahre voraussichtlich zur Verfügung stehen*. Die Trennung nach In- und Ausländern läßt darüber hinaus erkennen (vgl. Tabelle 7 im Anhang), daß

die *kurzfristig mobilisierbaren inländischen Reserven im Laufe dieses Jahres ausgeschöpft werden*. Die inländische Erwerbsquote, die während der Rezession von ihrem Entwicklungspfad stark nach unten abgewichen war, wird diesen im Jahre 1969 fast wieder erreichen (vgl. Abbildung 1).

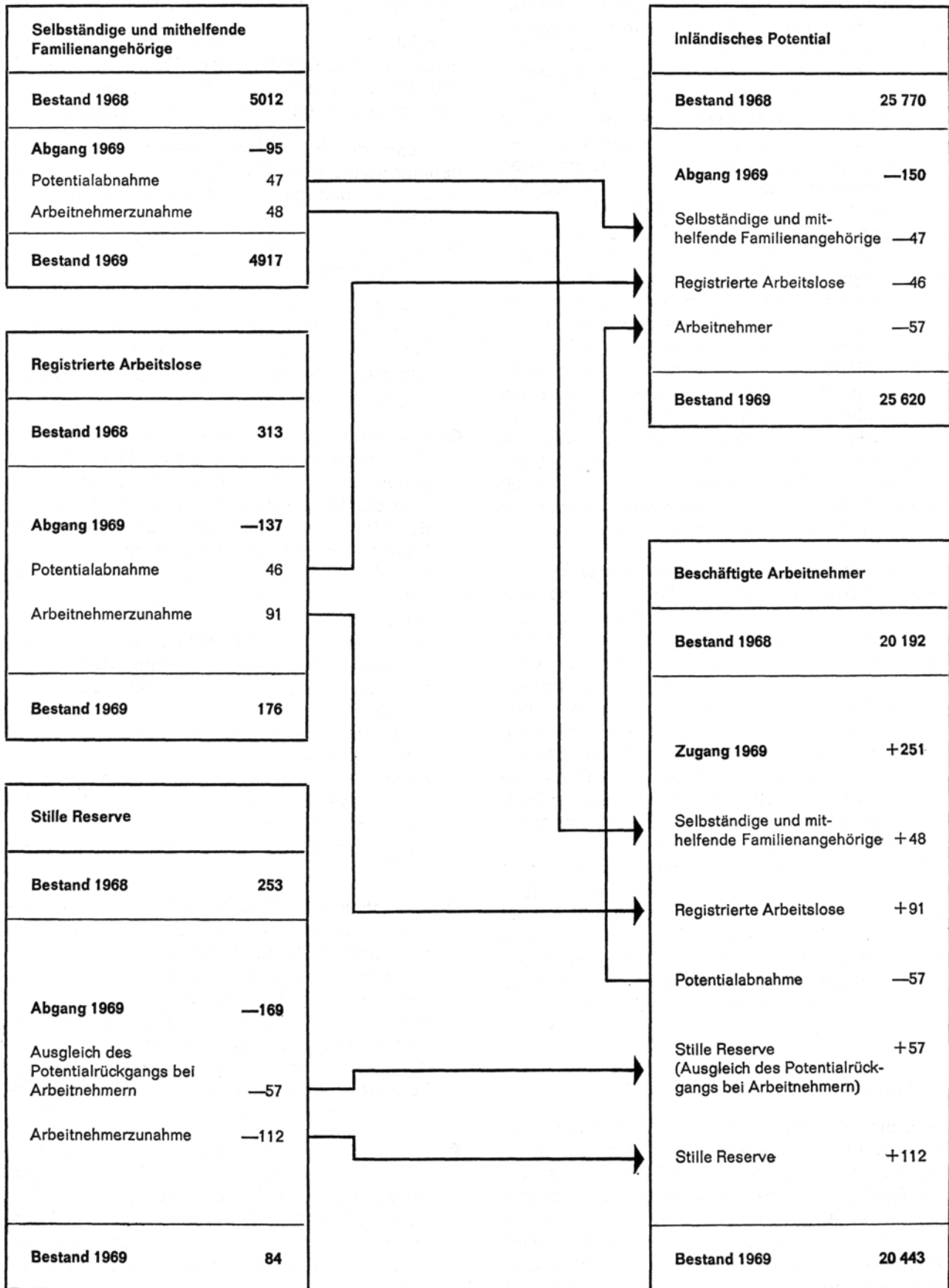
Der folgende Überblick zeigt, wie sich der oben genannte Zusatzbedarf der Wirtschaft von rd. 570 000 Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt 1969 realisieren läßt (vgl. auch Abbildung 3):

Die Zahl der beschäftigten inländischen Arbeitnehmer wird um 251 000 Personen steigen. Dabei ist im einzelnen mit folgenden Veränderungen zu rechnen:

- Die *Zahl der inländischen Einwohner steigt* um 315 000 Personen.
- Die *Zahl der inländischen Erwerbspersonen*, also das inländische Erwerbskräftepotential, geht trotzdem im Durchschnitt des Jahres um 150 000 zurück (0,49 v. H.-Punkte). Das erklärt sich folgendermaßen:
- Die derzeitige *Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung* ist in dieser Hinsicht sehr ungünstig: Würde sich die Erwerbsneigung, also die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit, in den einzelnen Altersgruppen der Männer und Frauen nicht ändern, so würde allein aufgrund der Veränderung der Altersstruktur die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung insgesamt) um 0,28 v. H.-Punkte zurückgehen. Bei konstanter Einwohnerzahl käme dies einem Rückgang der Zahl von Erwerbspersonen um rd. 150000 gleich. Nun steigt aber die Einwohnerzahl zur gleichen Zeit, und zwar unterschiedlich in den einzelnen Altersgruppen der beiden Geschlechter. Aufs Ganze gesehen führt diese demographische Entwicklung daher nur zu einem weitaus geringeren Rückgang der Erwerbspersonenzahl um etwa 15000.
- Der *tatsächliche* Rückgang der Erwerbspersonenzahl erklärt sich daneben vor allem aus den trendmäßigen *Veränderungen der Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen* von Männern und Frauen. Zunehmende „Bildungsneigung“ der Bevölkerung, Verlängerung der durchschnittlichen Ausbildungszeit, Rückgang der Alterserwerbstätigkeit etc. führen zu einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung um fast 100 000 Personen.
- Hinzu kommt ein Sonderfaktor in diesem Jahr: *die Einführung des neunten Schuljahrs in den Grundschulen in Bayern*. Dadurch vermindert sich die Zahl der Erwerbspersonen — Lehrlinge sind statistisch auch Erwerbspersonen — zusätzlich um fast 40 000 (im Jahresdurchschnitt).

Abb. 3:
Veränderungsströme auf dem Arbeitsmarkt 1969 (nur Inländer)

Jahresdurchschnittswerte in 1000 Personen



- Der Rückgang der Erwerbspersonenzahl um insgesamt 150 000 setzt sich folgendermaßen aus den einzelnen Gruppen von Erwerbspersonen zusammen:

Die Zahl *Selbständiger* und *mithelfender Familienangehöriger* wird in diesem Jahr, wie in den vorangegangenen Jahren, um insgesamt schätzungsweise 95 000 abnehmen. Etwa die Hälfte dieser Gruppe, nämlich . . . 47 000 Personen werden aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Die Zahl der *Arbeitslosen* nimmt um 137 000 ab. Etwa ein Drittel davon, nämlich 46 000 Personen scheiden aus dem Erwerbsleben aus, wie aus einer Untersuchung des Instituts geschlossen werden kann⁸⁾.

Aus verschiedenen Gründen (Alter, Ausbildung usw.) verringert sich schließlich (definitionsgemäß) die Zahl der am Erwerbsprozeß beteiligten Arbeitnehmer um 57 000

- Trotz dieses Rückgangs der Erwerbspersonenzahl kann die Beschäftigung inländischer Arbeitnehmer aber um 251 000 gesteigert werden.

Diese Zunahme setzt sich wie folgt zusammen:

Etwa zwei Drittel des Rückgangs der *Arbeitslosenzahl*⁹⁾ 91 000

Die Hälfte des Rückgangs der *Selbständigen* und *Mithelfenden* 48 000

Die verbleibende Differenz zu dem Gesamtanstieg um 251 000, also . . 112 000 resultiert aus einem konjunkturellen Wiederanstieg der Erwerbsquote, also aus der *Mobilisierung stiller Reserven*.

Der nachfragebedingte Anstieg in der Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen, vor allem der weiblichen Bevölkerung, ist jedoch noch größer. Wie oben erwähnt wurde, war an sich mit einem *Rückgang* der Arbeitnehmerzahl um 57 000 (wegen Verlängerung der Ausbildungsdauer usw.) zu rechnen gewesen. Da nicht an-

⁸⁾ Vgl. H. Hofbauer, U. Bintig, W. Dadzio: Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. In: „Mitteilungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 5, Dezember 1968, S. 377.

⁹⁾ Der Anteil der Wiedereingliederungen am Rückgang der Arbeitslosigkeit steigt einerseits tendenziell mit zunehmender Arbeitskräftenachfrage, fällt aber andererseits mit zunehmender Überalterung der Arbeitslosen. Hier wird angenommen, daß sich beide Einflüsse ausgleichen. Das bedeutet, daß die für das Frühjahr 1968 festgestellte Relation auch im Jahresdurchschnitt 1969 gilt.

zunehmen ist, daß diese Abgänge unterblieben sind, muß davon ausgegangen werden, daß sie durch Zugänge ins Erwerbsleben bei anderen Bevölkerungsgruppen kompensiert worden sind. Insgesamt wurden also im Durchschnitt des Jahres 169000 Personen aus der stillen Reserve für den Erwerbsprozeß gewonnen.

Ferner wird die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten nichtdeutschen Arbeitnehmer in diesem Jahr um 317 000 Personen höher sein als im Jahresdurchschnitt 1968. In dieser Hinsicht war die hier vor Jahresfrist gestellte Prognose also eher zu pessimistisch.

Es muß hier daran erinnert werden, daß der gesamte Rechengang sich auf jahresdurchschnittliche Größen bezieht. Wie schon in den früheren Jahren festgestellt worden war (vgl. Tabelle 10 im Heft 4), vollzog sich auch in diesem Jahr der allmähliche Anstieg in der Beschäftigung durch gleichzeitigen Zugang aus dem Ausland, aus der registrierten Arbeitslosigkeit und aus der sonstigen inländischen Reserve. So wie die Ausländerbeschäftigung erst zum Herbst ihren Höhepunkt und die registrierte Arbeitslosigkeit ebenfalls erst zu dieser Zeit ihren Tiefststand erreichen wird, kann auch erst zur Saisonspitze mit einem völligen Abbau der inländischen Arbeitsmarktreserven gerechnet werden. Die Durchschnittszahlen für 1969 weisen also noch Reserven auf, die im Herbst nicht mehr zur Verfügung stehen werden (vgl. Tabelle 7, Spalte 14).

Vollbeschäftigung oder „Überbeschäftigung“?

Vollbeschäftigung wird in diesem Jahre zweifellos erreicht werden. Selbst unter Einschluß der nichtregistrierten stillen Reserve errechnet sich im zweiten Halbjahr eine „Erwerbslosenquote“ von 0,6 v. H. Im Durchschnitt des Jahres beträgt der Anteil der Nichtbeschäftigten an den Erwerbspersonen insgesamt 1,0 v. H. Gemessen an der derzeitigen „Erwerbsneigung“ der inländischen Bevölkerung wird es keine nennenswerten Reserven auf dem Arbeitsmarkt mehr geben; die Beschäftigung von nichtdeutschen Arbeitnehmern, die, wie oben erörtert, freilich noch beträchtlich gesteigert werden könnte, wird einen neuen Höchststand erreichen.

Im Mittelpunkt der Diskussion darüber, wie diese Arbeitsmarktsituation und ihre weitere Entwicklung zu beurteilen sei, stehen zwei Fragen:

1. Sind wir nicht schon über den Zustand der Vollbeschäftigung hinaus in eine Situation der „Überbeschäftigung“ hineingeraten?
2. Ist der gegenwärtige Beschäftigungsgrad wünschbar?

Indikatoren des Arbeitskräftebedarfs

Die erste Frage lautet genauer gesagt: Geht die *tatsächliche Nachfrage der Wirtschaft nach zu-*

sätzlichen Arbeitskräften über das vorhandene und kurzfristig mobilisierbare Angebot hinaus oder nicht? Die derzeitige und in naher Zukunft zu erwartende Angebotslage ist oben erörtert worden. Fraglich bleibt also, wieviel Arbeitskräfte die Wirtschaft wirklich zusätzlich fordert.

Statistik der „Offenen Stellen“

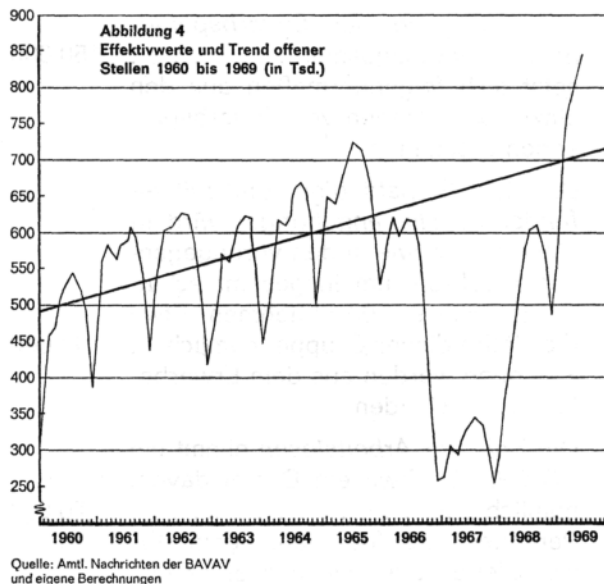
Wie läßt sich Nachfrage nach Arbeitskräften messen? In der Öffentlichkeit findet in dieser Hinsicht naturgemäß jene Statistik die meiste Aufmerksamkeit, die direkt Nachfrage nach Arbeitskräften zum Ausdruck zu bringen scheint: die Statistik der „Offenen Stellen“ der Arbeitsämter. Zur Zeit gibt es rd. 850 000 offene Stellen.

Bedeutet dies, daß — einmal abgesehen von Arbeitsmarktvorgängen, die sich außerhalb der Arbeitsämter vollziehen — die Wirtschaft zur gleichen Zeit 850 000 unbesetzte Arbeitsplätze anbietet?

Zum anderen ist zu fragen, ob diese Zahl über das hinausgeht, was aufgrund früherer Erfahrungen in vergleichbaren Konjunkturphasen zu erwarten gewesen wäre.

Will man die Entwicklung der offenen Stellen in diesem Sommer beurteilen, so muß man berücksichtigen, daß die Gesamtzahl der offenen Stellen seit Beginn der 60er Jahre einem eindeutig steigenden Trend folgt (vgl. Abb. 4). Wie dieser Trend zu erklären ist, kann bis jetzt nicht gesagt werden. Nahe läge eine Erklärung aufgrund der Tatsache, daß die Zahl der aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden — und analog dazu der laufende Ersatzbedarf — wegen der ungünstigen Entwicklung in der Altersstruktur der westdeutschen Bevölkerung seit Jahren zunimmt. Denkbar sind auch zunehmende Diskrepanzen zwischen der Berufsstruktur der Nachfrage und der des Angebots an Arbeitskräften. Es ist zu hoffen, daß die laufende Untersuchung des Instituts zur Klärung dieser Fragen in absehbarer Zeit beitragen wird¹⁰⁾. Die effektive Zahl offener Stellen weicht in diesem Sommer nicht wesentlich stärker als in vergleichbaren Konjunkturphasen früherer Jahre vom Trend ab. Dabei ist aber auf eine Sonderentwicklung in diesem Frühjahr hinzuweisen: 1969 ist das erste Vollbeschäftigungsjahr, in dem das Gros der Schulentlassungen im Herbst stattfindet. Auch das ist ein Grund für den starken Anstieg der offenen Stellen im April und Mai dieses Jahres, der über die aus früheren Jahren in diesen Monaten gewohnte Entwicklung hinausging. Analog dazu dürfte ein entsprechend stärkerer Rückgang der offenen Stellen im Herbst dieses Jahres zu erwarten sein.

¹⁰⁾ Vgl. Arbeitsbericht zu Projekt 2—74. In: „Mitteilungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 8, Juni 1969, S. 642.



Abgesehen davon, ob die Zahl von 850 000 offenen Stellen im Vergleich zu anderen Hochkonjunkturphasen gegenwärtig etwas größer ist, muß zur Aussagefähigkeit dieser Statistik im Hinblick auf die Nachfrage nach Arbeitskräften generell folgendes angemerkt werden. Die Statistik der offenen Stellen ist keine Statistik der effektiv freien Arbeitsplätze. Einerseits sind die Unternehmer nicht gezwungen, dem Arbeitsamt freie Arbeitsplätze zu melden. Andererseits, und wichtiger, gehen die Unternehmer keinerlei Verpflichtungen ein, wenn sie — aus den verschiedensten Gründen — beliebig viele Vermittlungsaufträge an das Arbeitsamt erteilen. Es entstehen ihnen nämlich keine Nachteile, wenn sie die Aufträge zurückziehen. Für diese Beurteilung sprechen folgende Tatsachen:

- Offensichtlich gibt es einen „Sockel“ offener Stellen, der sich selbst dann erhält, wenn die Beschäftigung rückläufig ist und die Nachfrage nach Gütern und Diensten auch keine Änderung in naher Zukunft erwarten läßt. So waren zum Beispiel zur Jahresmitte 1967, als diese konjunkturelle Situation zweifelsfrei gegeben war, noch immer über 300 000 offene Stellen bei den Arbeitsämtern registriert.
- Die Aufgliederung der Offene-Stellen-Statistik nach Wirtschaftsbereichen, wie sie einmal jährlich von der Bundesanstalt erstellt wird, zeigt ferner, daß auch in jenen Wirtschaftsbereichen ein beträchtlicher Bestand an offenen Stellen vorhanden ist, in denen die Beschäftigung aus strukturellen Gründen seit längerem stagniert oder gar abnimmt. Als Beispiele seien hier Landwirtschaft, Bergbau und Verkehrsgewerbe genannt, Wirtschaftsbereiche also, in denen die Beschäftigtenzahl nicht wegen Arbeitskräftemangel abnimmt, sondern aus technologischen Gründen (Produktivität wächst stärker als die Nachfrage) oder weil es an der Nachfrage nach den von

ihnen angebotenen Gütern und Diensten fehlt.

- All dies deutet darauf hin, daß in dem Bestand an offenen Stellen in beträchtlichem Umfang Nachfrage nach solchen Arbeitskräften zum Ausdruck kommt, mit denen erst in der Zukunft voraussichtlich freiwerdende Arbeitsplätze wieder besetzt werden sollen (Ersatzbedarf). Wahrscheinlich verhalten sich die Unternehmer in dieser Hinsicht prozyklisch, so daß die Zahl offener Stellen in der Hochkonjunktur beschleunigt steigt: Einmal ist anzunehmen, daß die Unternehmer in der Hochkonjunktur größere Fluktuationsverluste erwarten als in anderen Phasen der Konjunktur. Zum anderen richten möglicherweise manche Betriebe bei knappem Arbeitskräfteangebot überhöhte Bedarfsmeldungen an die Arbeitsämter, in der Annahme, so ihren tatsächlichen Bedarf um so eher decken zu können.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Statistik der offenen Stellen zwar Nachfrage nach Arbeitskräften zum Ausdruck bringt und im ganzen wohl auch die Richtung der Nachfrageentwicklung am Arbeitsmarkt anzeigt¹¹⁾, daß sie aber keine verlässliche Antwort auf die hier im Mittelpunkt stehende Frage nach dem tatsächlichen absoluten Bedarf an *zusätzlichen* Arbeitskräften der Wirtschaft liefert.

Unternehmerbefragungen

Zur Ermittlung der Angebots-Nachfrage-Konstellation am Arbeitsmarkt befragt das Ifo-Institut periodisch Unternehmen der Verarbeitenden Industrie, um festzustellen, bei wieviel Firmen die *Produktionstätigkeit durch Arbeitskräftemangel behindert* wird. Nach den jüngsten Erhebungsergebnissen vom Mai dieses Jahres nannten 50 v. H. der Firmen diesen Grund. Dieser Anteil der Firmen, die unter Arbeitskräftemangel zu leiden angeben, ist zwar im Steigen begriffen. Er hat aber noch nicht die Höhe erreicht, die in den vorangegangenen Hochkonjunkturjahren 1960 und 1965 gemeldet worden war.

Von den Ergebnissen dieser Befragung, die die Dringlichkeit des Bedarfs anzeigt, kann jedoch nicht auf die Unmöglichkeit der Bedarfsdeckung geschlossen werden. In den vergangenen Jahren stieg die Beschäftigtenzahl in der Industrie auch in solchen Zeiträumen stark an, die unmittelbar auf Befragungszeitpunkte folgten, in denen jene Quote Höchstwerte erreicht hatte.

Verhältnismäßig verlässliche Informationen liefert die Befragung der Unternehmer nach ihren *Beschäftigtenerwartungen in den kommenden Monaten*, wie sie ebenfalls vom Ifo-Institut periodisch durchgeführt wird.

¹¹⁾ Vgl. den Aufsatz von Nerb, Gerstenberger und Schittenhelm: „Unternehmerische Urteile und Antizipationen über den Bedarf an Arbeitskräften“ in diesen „Mittellungen“.

Es bleibt jedoch fraglich, ob auf diesem Wege Informationen zu gewinnen sind, die die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage für einen genügend langen zukünftigen Zeitraum erkennen lassen. Beratung, Beschluß, Inkraftsetzen und Wirksamwerden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, mit denen erwartete Ungleichgewichtslagen beseitigt werden sollen, brauchen aller Erfahrung nach einige Zeit. Die Vorausschau auf die Entwicklung der nächsten 3 bis 4 Monate wird hier sicher nicht genügen. Ob aber Beschäftigungspläne der Unternehmen den Konjunkturbewegungen in einem wesentlich längeren zukünftigen Zeitraum überhaupt gerecht werden können, ist zumindest fraglich. Beschäftigungsplanung geschieht ja nicht autonom, sie ist vielmehr abhängig von Produktionsplanung und Absatzerwartungen. Diese aber sind, wie die Erfahrung zeigt, in einzelnen Betrieben, ja selbst in überschaubaren Branchen allgemein recht unsicher. Diese Unsicherheit ist erklärlich: Absatzplanung von Betrieben und auch von Branchen selbst für einen Zeitraum von einem Jahr kann im Regelfall erfolgreich nur betrieben werden im Rahmen von Vorstellungen über die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und der wichtigsten Aggregate im Prognosezeitraum.

Makroökonomische Bedarfsrechnung

So ist es durchaus wahrscheinlich, daß die bislang einzig mögliche Methode zur Abschätzung des künftigen Mehrbedarfs an Arbeitskräften in einem gegebenen Zeitraum — die Vorausschätzung aus der Produktions- und Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft und in den einzelnen Sektoren — vorläufig die verlässlichste Methode bleiben wird. Das Ziel weiterer Forschung müßte dann sein, die Methoden zur Vorausschätzung von Produktion und Produktivität zu verfeinern.

Aus makroökonomischer Sicht ist aber die derzeitige Situation und die voraussichtliche Entwicklung am Arbeitsmarkt zwar angespannt, aber nicht alarmierend. Selbst wenn der Nachfragesog aus dem Ausland weiter anschwillt — und diese Möglichkeit ist keineswegs auszuschließen —, sind wohl kaum Auswirkungen auf die Produktionsentwicklung zu erwarten, die eine ins Gewicht fallende Revision der jetzt angesetzten Zuwachsrates der gesamtwirtschaftlichen realen Produktion im Jahre 1969 veranlassen könnten. Der Zuwachs des realen Sozialprodukts — die preissteigernden Auswirkungen einer solchen Außenhandelsentwicklung stehen hier nicht zur Debatte — dürfte allem Ermessen nach die 7-Prozent-Marke kaum überschreiten. Ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in dieser Größenordnung aber ist angesichts der gleichzeitig zu erwartenden Produktivitätssteigerung mit dem verfügbaren Arbeitskräfteangebot aus dem In- und Ausland durchaus zu realisieren. Eine solche Prognose ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da

die Entwicklung im ersten Halbjahr fast überschaubar ist, schon insofern vertretbar, als ja der größte Teil des Beschäftigungsanstiegs bereits realisiert ist.

Fraglich bleibt dann nur, ob die der hier gestellten Prognose des zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs zugrunde gelegten Annahmen realistisch sind. Oder zeigt die hohe Zahl offener Stellen, daß die Wirtschaft viel mehr Arbeitskräfte einsetzen möchte, um das oben genannte Produktionswachstum zu realisieren? Dies kann unter Rentabilitätsaspekten ausgeschlossen werden: Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität würde in diesem Falle weit hinter dem erreichbaren Wert zurückbleiben. Oder strebt die Wirtschaft durch den Einsatz weiterer Arbeitskräfte ein stärkeres Produktionswachstum an, als hier unterstellt wird? Auch diese Möglichkeit scheidet wohl aus. Einmal zeigt der von den Wirtschaftsforschungsinstituten errechnete und erfragte hohe Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten, daß die für einen weit stärkeren Anstieg der Produktion erforderlichen komplementären Produktionsanlagen weder vorhanden sind noch kurzfristig erstellt werden können. Zum anderen, und wichtiger noch, ist nicht anzunehmen, daß die Wirtschaft bei den gegenwärtigen (unsicheren) Konjunkturerwartungen für 1970 nur aufgrund des augenblicklichen Nachfragedrucks ihre Produktionsintensität noch wesentlich stärker steigern wollte, als in der obigen Rechnung schon berücksichtigt worden ist. Vieles spricht schon jetzt dafür, daß die Industrie — mit dem Blick auf 1970 — auf die letzten Nachfrageballungen stärker durch den Aufbau von Auftragsbeständen und mit Verlängerung der Ablieferungsfristen reagiert als durch „Produktion um jeden Preis“.

Aspekte eines hohen Beschäftigungsgrades

Ob ein Beschäftigungsgrad, wie er jetzt erreicht ist — dies ist die zweite der oben genannten Fragen —, wünschbar sei oder nicht, ist hier und da umstritten.

Zunächst: Vollbeschäftigung — erklärtes Ziel dieser Gesellschaft — ist nun wieder erreicht, nicht anders, als es in den Jahren vor der letzten Rezession auch der Fall gewesen war. Beschäftigung all derer, die zu arbeiten bereit sind, ist nicht nur unter sozialpolitischem Aspekt geboten. So verstandene Vollbeschäftigung ist auch eine notwendige Voraussetzung zur Bewältigung jener aus der Dynamik der Wirtschaft und der Technik resultierenden Anpassungsaufgaben im Arbeits- und Berufsleben, zu der die Gesellschaft — mit tatkräftiger Hilfe der Arbeitsverwaltung — gezwungen ist. Auch ist daran zu denken, daß Mitte der siebziger Jahre mit einer Entlastung des

Arbeitsmarkts aufgrund der demographischen Entwicklung (Alterspyramide) zu rechnen ist. Soll das Wachstumstempo der Wirtschaft in den Jahren bis dahin nicht hinter jenem zurückbleiben, das dann bei zunehmendem Arbeitskräftepotential zur Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich sein wird, müssen jetzt alle verfügbaren Arbeitsmarktreserven mobilisiert werden. Andernfalls ist zu befürchten, daß der Ausbau der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, insbesondere der Infrastruktur, hinter dem erforderlichen Maß zurückbleibt.

Sobald ein solches Maß von Vollbeschäftigung mit der Erfüllung anderer Ziele, die in der Wertschätzung der Gesellschaft einen gleichen oder ähnlichen Rang genießen, kollidiert, stellen sich politische Entscheidungsprobleme, die hier nicht zu diskutieren sind. Aber es ist nicht nur das, denn hier liegt auch und vor allem ein *Informationsproblem* vor. Wir wissen nur wenig über die Begleitumstände eines relativ hohen Beschäftigungsgrades. Dies sollte ein vorrangiges Objekt der Forschung sein.

So läßt sich z. B. die oft geäußerte These, daß die Zahl der zwischenbetrieblichen Arbeitsplatzwechselfälle, also die *Fluktuationsrate*, mit steigendem Beschäftigungsgrad ebenfalls zunähme, statistisch nicht nachweisen. Die von der Bundesanstalt in den vergangenen Jahren wiederholt durchgeführten umfangreichen Stichprobenerhebungen über Betriebswechselfälle zeigen im Gegenteil, daß die gesamtwirtschaftliche Fluktuationsrate, die aus einer Vielzahl struktureller Gründe seit einer Reihe von Jahren abnimmt, z. B. im Hochkonjunkturjahr 1965 niedriger war als 1961¹²⁾. Die Statistik der Einstellungsanzeigen der Krankenkassen, eine nahezu totale statistische Erfassung aller Einstellungen, bestätigt die angeführten Erhebungsergebnisse.

Auch die häufig geäußerte Meinung, daß die Anspannung am Arbeitsmarkt zu übersteigerten Lohnerhöhungen führe, läßt sich für die Bundesrepublik empirisch nicht bestätigen. Auf diesen Tatbestand hat der Sachverständigenrat bereits hingewiesen¹³⁾.

Ob ferner, wie häufig vermutet wird, eine besonders starke Lohnsteigerung erforderlich ist, um bei niedriger Arbeitslosigkeit weitere Arbeitskräfte aus der bisher noch nicht erwerbstätigen Bevölkerung für den Arbeitsprozeß zu gewinnen, ist nicht erwiesen. Es ist sogar sehr fraglich, ob die Höhe des Lohns bei den Entscheidungen von Hausfrauen — um diese Personengruppe handelt es sich ja vorwiegend — für oder gegen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle spielt. Fraglich ist auch, ob das jeweilige Lohnniveau und das Tempo seiner Veränderung überhaupt in dieser Personengruppe bekannt sind. Vieles spricht für die Vermutung, daß hier Gelegenheit zur Arbeitsaufnahme, Arbeitsbedingun-

¹²⁾ Vgl. Amtliche Nachrichten der BAVAV (ANBA). 14. Jg. (1966), Nr. 12, S. 559.

¹³⁾ Vgl. Sachverständigenrat. . . a.a.O. Ziffer 270 ff.

gen und Arbeitszeitregelung mehr beachtet werden als das Lohnniveau. Es ist zu hoffen, daß eine Untersuchung, die das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e. V., München, auf Anregung dieses Instituts demnächst durchführt, auch zur Aufhellung solcher Fragen einen Beitrag leisten wird¹⁴).

Schließlich bleibt die Frage zu erörtern, ob ein derartiger Beschäftigungsgrad nicht vermieden werden sollte, weil Berufsstruktur und Qualifikationsniveau der zusätzlich noch mobilisierbaren Reserven den an den angebotenen Arbeitsplätzen gestellten Anforderungen nicht gerecht würden. Die wenigen Informationen, die zur Beantwortung dieser Frage zur Verfügung stehen, lassen erkennen, daß

- das Niveau der schulischen und praktischen Ausbildung als auch die Leistungsgruppenstruktur z. B. der weiblichen Teilzeitarbeit-Suchenden — die in diesem Zusammenhang wichtigste Personengruppe — nicht nennenswert geringer sind als die der Arbeitssuchenden im Durchschnitt;
- die Leistungsgruppenstruktur der nichtdeutschen Arbeitnehmer im Bundesgebiet zwar unter dem Durchschnitt aller Beschäftigten liegt, daß sie aber höher ist als die der inländischen Arbeitslosen, die im Laufe des wirtschaftlichen Wiederanstiegs wieder eingegliedert worden sind.

Diese Fragen bedürfen weiterer Untersuchung. Zu fordern wäre aber schließlich nicht Verzicht auf Beschäftigung dieser Personen, sondern Förderung und Anhebung ihrer Qualifikation.

Ausblick auf die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1970

Im gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich schwer übersehen, mit welcher Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im kommenden Jahr zu rechnen sein wird. Unsicher ist vor allem,

- wann und in welchem Ausmaß sich die private Investitionsneigung ändern wird,
- wann und mit welchen Auswirkungen Änderungen im Weltwährungssystem erfolgen,
- welche binnenwirtschaftspolitischen Maßnahmen mit welchem Erfolg ergriffen werden.

Einzigster Anhaltspunkt bleibt daher die Zielprojektion der Bundesregierung. Wird das dort fixierte Ziel eines gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstums von real 4,2 v. H. erreicht, dann ergeben sich folgende Perspektiven für die Entwicklung am Arbeitsmarkt:

- Die inländische Bevölkerung wird — wenn sich Zu- und Abwanderungen über die Bum-

desgrenzen ausgleichen — im kommenden Jahr um 300 000 Personen zunehmen.

- Die durchschnittliche Erwerbsquote der inländischen Bevölkerung wird voraussichtlich effektiv um 0,32 v. H.-Punkte zurückgehen.
- Daraus resultiert ein Rückgang der inländischen Erwerbspersonen um rd. 60 000 Personen (—0,2 v. H.).
- Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird 1970 (laut Zielprojektion) um 0,6 v. H. abnehmen.
- Mithin sinkt das inländische Arbeitsvolumen im kommenden Jahr um 0,8 v. H.
- Die in der Zielprojektion unterstellte Entwicklung von Produktion (+ 4,2 v. H.) und Produktivität (+ 4,6 v. H.) erlaubt einen Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens um nur 0,4 v. H.
- Soll dieses Ziel erreicht werden, dann bedarf es zum Ausgleich der Differenz (— 0,4 v. H.) eines entsprechenden Zustroms von weiteren 120000 nichtdeutschen Arbeitnehmern, sofern nicht die Erwerbsquote durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung weniger absinkt, als hier angenommen wurde. So ist es durchaus denkbar, daß die derzeitige Arbeitsmarktsituation möglicherweise zu einer Erhöhung der inländischen Erwerbsbeteiligung führt, die noch über das hier angenommene Maß hinausgeht. Nachdem nun auch die öffentliche Hand beispielhaft vorangeht (Gesetz über Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung von Beamtinnen und Richterinnen, Arbeitsförderungsgesetz) und die Bundesregierung und die Arbeitsverwaltung die Einrichtung von Teilzeitarbeitsverhältnissen stark fördern und schließlich auch die Unternehmer es nicht an Erfindungsgabe in dieser Hinsicht fehlen lassen (Angebot an Teilzeitarbeitsverhältnissen zu Tageszeiten, die dem üblichen Tagesablauf vieler Hausfrauen mehr angepaßt sind), ist ein spürbarer Anstieg der Erwerbsbeteiligung vor allem bei der weiblichen Bevölkerung nicht auszuschließen.

Wird dieses Wachstumstempo erreicht, dann dürfte der Kapazitätsspielraum ausgeschöpft werden und die Vollbeschäftigung erhalten bleiben. Würde das seit Mitte 1968 realisierte Wachstumstempo der Nachfrage auch 1970 unvermindert anhalten, dann wäre das Arbeitskräftepotential wohl überfordert; auf so kurze Sicht kann eine derartige Elastizität des Arbeitsmarkts nicht erwartet werden. Für 1970 ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß das bisherige Expansions-tempo der Nachfrage beibehalten wird.

Bleibt das Wachstumstempo jedoch nennenswert hinter der Zielgröße (4,2 v. H.) zurück, dann muß mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt, insbesondere mit einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

¹⁴) Vgl. „Mitteilungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 7, März 1969, S. 565.

Tabelle 1

Wohnbevölkerung, Erwerbsquoten und Erwerbspersonen nach Geschlecht 1960 bis 1969 — Inländer und Ausländer

— in Tausend * —

Jahr	Erwerbsmerkmale	In- und Ausländer			Inländer ¹⁾			Ausländer		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1960	Wohnbevölkerung	25 974	29 459	55 433	25 700	29 357	55 057	274	102	376
	Erwerbsquoten	63,47	33,65	47,62	63,21	33,60	47,42	87,96	48,04	77,13
	Erwerbspersonen	16 486	9 912	26 398	16 245	9 863	26 108	241	49	290
1961	Wohnbevölkerung	26 413	29 762	56 175	25 972	29 590	55 562	441	172	613
	Erwerbsquoten	63,31	33,29	47,41	62,91	33,20	47,08	87,30	48,84	76,51
	Erwerbspersonen	16 723	9 907	26 630	16 338	9 823	26 161	385	84	469
1962	Wohnbevölkerung	26 858	30 080	56 938	26 251	29 845	56 096	607	235	842
	Erwerbsquoten	62,94	32,87	47,05	62,43	32,74	46,63	85,01	49,36	75,06
	Erwerbspersonen	16 904	9 887	26 791	16 388	9 771	26 159	516	116	632
1963	Wohnbevölkerung	27 226	30 362	57 588	26 487	30 053	56 540	739	309	1 048
	Erwerbsquoten	62,78	32,40	46,76	62,22	32,19	46,26	82,95	52,43	73,95
	Erwerbspersonen	17 092	9 837	26 929	16 479	9 675	26 154	613	162	775
1964	Wohnbevölkerung	27 595	30 671	58 266	26 731	30 298	57 029	864	373	1 237
	Erwerbsquoten	62,25	32,10	46,38	61,61	31,82	45,79	81,83	54,42	73,57
	Erwerbspersonen	17 177	9 845	27 022	16 470	9 642	26 112	707	203	910
1965	Wohnbevölkerung	28 032	30 980	59 012	26 983	30 526	57 509	1 049	454	1 503
	Erwerbsquoten	61,75	31,89	46,08	61,00	31,50	45,34	81,32	58,15	74,32
	Erwerbspersonen	17 311	9 879	27 190	16 458	9 615	26 073	853	264	1 117
1966	Wohnbevölkerung	28 368	31 270	59 638	27 221	30 726	57 947	1 147	544	1 691
	Erwerbsquoten	61,31	31,45	45,65	60,51	30,95	44,84	80,30	59,38	73,57
	Erwerbspersonen	17 393	9 834	27 227	16 472	9 511	25 983	921	323	1 244
1967	Wohnbevölkerung	28 413	31 460	59 873	27 502	30 954	58 456	911	506	1 417
	Erwerbsquoten	60,57	30,92	44,99	60,00	30,47	44,34	79,25	58,70	71,91
	Erwerbspersonen	17 210	9 728	26 938	16 488	9 431	25 919	722	297	1 019
1968	Wohnbevölkerung	28 544	31 621	60 165	27 650	31 105	58 755	894	516	1 410
	Erwerbsquoten	60,06	30,50	44,52	59,42	30,03	43,86	79,75	59,11	72,20
	Erwerbspersonen	17 143	9 645	26 788	16 430	9 340	25 770	713	305	1 018
1969 ²⁾	Wohnbevölkerung	28 974	31 900	60 874	27 830	31 240	59 070	1 144	660	1 804
	Erwerbsquoten	59,75	30,23	44,28	58,85	29,58	43,37	81,73	60,61	74,00
	Erwerbspersonen	17 313	9 642	26 955	16 378	9 242	25 620	935	400	1 335

*) Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

1) Potentialerwerbsquoten

2) Schätzung

3) Im Bundesgebiet beschäftigte Arbeitnehmer und deren Angehörige

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Tabelle 2

Absolute Veränderungen der Inländererwerbsquoten gegenüber dem Vorjahr 1961—1970

— in v. H.-Punkten —

Jahr	Potential- erwerbsquoten	Komponenten der Potentialerwerbsquotenänderung			Effektive Erwerbsquoten	Konjunkturelle Abweichung (Spalte 6 minus Spalte 2)
		Demographisch	Trend, Institutionell	Sondereinflüsse		
1	2	3	4	5	6	7
1961	—0,34	—0,20	—0,14	—	—0,26	+0,08
1962	—0,45	—0,28	—0,17	—	—0,45	—
1963	—0,37	—0,24	—0,13	—	—0,37	—
1964	—0,47	—0,29	—0,18	—	—0,47	—
1965	—0,45	—0,31	—0,14	—	—0,45	—
1966	—0,50	—0,26	—0,16	—0,08 ²⁾	—0,64	—0,14
1967	—0,50	—0,25	—0,16	—0,09 ²⁾	—0,88	—0,38
1968	—0,48	—0,26	—0,16	—0,06 ²⁾	—0,39	+0,09
1969 ¹⁾	—0,49	—0,27	—0,16	—0,06 ²⁾	—0,20	+0,29
1970 ¹⁾	—0,46	—0,30	—0,16	—	—0,32	+0,14

¹⁾ Schätzung

²⁾ Einfluß der Frühverrentung und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Erwerbsleben

³⁾ Einführung des 9. Schuljahres in Bayern

Tabelle 3 Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 1960 bis 1969 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept)

— in Tausend * —

Wirtschaftsbereich	1960			1961			1962			1963			1. Halbjahr
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Land- und Forstwirtschaft	3 582	3 584	3 583	3 462	3 463	3 463	3 335	3 319	3 327	3 203	3 179	3 191	3 064
Warenproduzierendes Gewerbe	12 526	12 831	12 678	12 803	12 952	12 878	12 926	13 052	12 989	12 979	13 098	13 038	13 044
Energiewirtschaft und Bergbau	773	751	762	734	724	729	709	691	701	678	666	672	661
Verarbeitendes Gewerbe	9 736	9 951	9 843	10 008	10 071	10 039	10 103	10 142	10 122	10 105	10 110	10 108	10 116
Baugewerbe	2 017	2 129	2 073	2 061	2 157	2 109	2 114	2 219	2 166	2 196	2 322	2 259	2 267
Handel und Verkehr	4 614	4 658	4 636	4 723	4 773	4 748	4 823	4 837	4 830	4 891	4 906	4 899	4 932
Handel	3 170	3 199	3 184	3 265	3 299	3 282	3 352	3 360	3 356	3 414	3 425	3 420	3 447
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 444	1 459	1 452	1 458	1 474	1 466	1 471	1 477	1 474	1 477	1 481	1 479	1 485
Dienstleistungen	3 055	3 073	3 064	3 118	3 128	3 123	3 145	3 157	3 151	3 182	3 195	3 189	3 206
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	429	433	431	452	454	453	474	480	477	494	499	497	516
Sonstige Dienstleistungen	2 626	2 640	2 633	2 666	2 674	2 670	2 671	2 677	2 674	2 688	2 696	2 692	2 690
Staat	2 112	2 148	2 130	2 211	2 270	2 240	2 327	2 353	2 340	2 414	2 438	2 426	2 498
Wirtschaft insgesamt	25 889	26 294	26 091	26 317	26 586	26 452	26 556	26 718	26 637	26 669	26 816	26 743	26 744

Tabelle 4 Beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 1960 bis 1969 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept)

— in Tausend * —

Wirtschaftsbereich	1960			1961			1962			1963			1. Halbjahr
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Land- und Forstwirtschaft	478	516	497	436	477	457	405	441	423	387	423	404	368
Warenproduzierendes Gewerbe	11 459	11 774	11 616	11 763	11 924	11 844	11 904	12 038	11 972	11 971	12 097	12 034	12 054
Energiewirtschaft und Bergbau	773	751	762	734	724	729	709	691	700	678	666	671	661
Verarbeitendes Gewerbe	8 902	9 125	9 013	9 198	9 273	9 236	9 312	9 359	9 336	9 333	9 347	9 340	9 364
Baugewerbe	1 784	1 898	1 841	1 831	1 927	1 879	1 883	1 988	1 936	1 960	2 084	2 023	2 029
Handel und Verkehr	3 571	3 607	3 589	3 656	3 693	3 674	3 756	3 782	3 768	3 847	3 871	3 859	3 901
Handel	2 224	2 245	2 234	2 297	2 319	2 308	2 384	2 404	2 393	2 468	2 488	2 478	2 514
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 347	1 362	1 355	1 359	1 374	1 366	1 372	1 378	1 375	1 379	1 383	1 381	1 387
Dienstleistungen	2 340	2 346	2 343	2 375	2 377	2 376	2 397	2 412	2 404	2 435	2 449	2 443	2 454
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	403	407	405	425	427	426	446	452	449	465	471	469	487
Sonstige Dienstleistungen	1 937	1 939	1 938	1 950	1 950	1 950	1 951	1 960	1 955	1 970	1 978	1 974	1 967
Staat	2 112	2 148	2 130	2 211	2 270	2 240	2 327	2 353	2 340	2 414	2 438	2 426	2 498
Wirtschaft insgesamt	19 960	20 391	20 175	20 441	20 741	20 591	20 789	21 026	20 907	21 054	21 278	21 166	21 275

* Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

1) Vorläufig

2) Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW):
Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen

1964		1965			1966			1967			1968 ¹⁾			1969 ²⁾		
Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr
5	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
3 040	3 052	2 956	2 950	2 953	2 863	2 852	2 857	2 755	2 728	2 741	2 641	2 622	2 631	2 536	2 533	2 534
3 238	13 141	13 257	13 411	13 334	13 246	13 182	13 214	12 502	12 437	12 469	12 394	12 739	12 567	12 855	13 054	12 954
654	657	641	622	631	607	589	598	556	530	543	521	509	515	500	490	495
0 244	10 180	10 333	10 434	10 383	10 364	10 287	10 326	9 907	9 773	9 839	9 799	10 067	9 933	10 247	10 368	10 307
2 340	2 304	2 284	2 356	2 320	2 274	2 306	2 290	2 039	2 134	2 087	2 074	2 164	2 119	2 108	2 196	2 152
4 947	4 939	4 924	4 938	4 931	4 966	4 963	4 964	4 921	4 897	4 909	4 904	4 926	4 915	4 967	4 992	4 980
3 459	3 453	3 445	3 456	3 451	3 504	3 503	3 503	3 483	3 470	3 476	3 497	3 514	3 505	3 565	3 585	3 575
1 488	1 486	1 479	1 482	1 480	1 462	1 460	1 461	1 438	1 427	1 433	1 407	1 412	1 410	1 402	1 407	1 405
3 220	3 213	3 230	3 236	3 233	3 270	3 275	3 273	3 306	3 318	3 312	3 335	3 354	3 344	3 390	3 407	3 399
520	518	524	527	526	533	533	533	536	538	537	547	550	548	559	561	560
2 700	2 695	2 706	2 709	2 707	2 737	2 742	2 740	2 770	2 780	2 775	2 788	2 804	2 796	2 831	2 846	2 839
2 522	2 510	2 582	2 603	2 593	2 659	2 679	2 669	2 729	2 746	2 738	2 759	2 770	2 765	2 822	2 834	2 828
6 967	26 855	26 949	27 139	27 044	27 004	26 950	26 977	26 213	26 126	26 169	26 033	26 411	26 222	26 570	26 820	26 695

1964		1965			1966			1967			1968 ¹⁾			1969 ²⁾		
Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr
5	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
401	385	344	374	359	326	352	339	314	337	325	306	328	317	302	336	318
2 258	12 156	12 288	12 452	12 370	12 307	12 260	12 283	11 590	11 529	11 559	11 502	11 848	11 675	11 974	12 178	12 076
654	657	641	622	631	607	589	598	556	530	543	521	509	515	500	490	495
9 502	9 433	9 604	9 715	9 659	9 664	9 603	9 634	9 230	9 099	9 164	9 138	9 406	9 272	9 596	9 723	9 659
2 102	2 066	2 044	2 116	2 080	2 035	2 068	2 051	1 804	1 900	1 852	1 843	1 933	1 888	1 878	1 965	1 922
3 922	3 912	3 911	3 933	3 922	3 956	3 953	3 954	3 902	3 870	3 886	3 875	3 884	3 879	3 920	3 943	3 932
2 532	2 523	2 529	2 548	2 539	2 591	2 590	2 590	2 562	2 541	2 551	2 565	2 570	2 567	2 616	2 634	2 625
1 390	1 389	1 382	1 385	1 383	1 365	1 363	1 364	1 340	1 329	1 335	1 310	1 314	1 312	1 304	1 309	1 307
2 467	2 460	2 484	2 492	2 488	2 519	2 520	2 520	2 545	2 553	2 549	2 569	2 580	2 574	2 615	2 631	2 624
491	489	495	497	496	503	503	503	506	508	507	516	519	517	528	530	529
1 976	1 971	1 989	1 995	1 992	2 016	2 017	2 017	2 039	2 045	2 042	2 053	2 061	2 057	2 087	2 101	2 095
2 522	2 510	2 582	2 603	2 593	2 659	2 679	2 669	2 729	2 746	2 738	2 759	2 770	2 765	2 822	2 834	2 828
21 570	21 423	21 609	21 855	21 732	21 767	21 763	21 765	21 080	21 035	21 057	21 011	21 409	21 210	21 633	21 922	21 778

Tabelle 5 Bruttoinlandsprodukt (real, zu Preisen von 1954) nach Wirtschaftszweigen 1960 bis 1969 nach Jahren und Halbjahren
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

Wirtschaftsbereich	1961			1962			1963			1. Halbjahr
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Land- und Forstwirtschaft	+ 16,2	- 11,1	+ 1,7	- 14,4	+ 8,0	- 4,0	+ 7,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 11,6
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 8,3	+ 4,5	+ 6,3	+ 3,4	+ 5,4	+ 4,4	+ 0,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 9,3
Energiewirtschaft und Bergbau	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 4,0	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,8	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,3
Verarbeitendes Gewerbe	+ 8,9	+ 4,7	+ 6,7	+ 3,8	+ 5,2	+ 4,5	+ 1,3	+ 4,1	+ 2,8	+ 9,1
Baugewerbe	+ 9,3	+ 5,5	+ 7,2	- 0,1	+ 6,8	+ 3,6	- 6,7	+ 10,1	+ 2,7	+ 19,6
Handel und Verkehr	+ 5,3	+ 3,7	+ 4,5	+ 5,2	+ 3,8	+ 4,5	+ 1,9	+ 3,5	+ 2,7	+ 4,5
Handel	+ 7,0	+ 4,6	+ 5,7	+ 5,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,0	+ 5,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,7
Dienstleistungen	+ 5,5	+ 6,3	+ 5,9	+ 6,0	+ 4,1	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 8,5	+ 7,6	+ 8,0	+ 7,5	+ 4,4	+ 5,9	+ 5,5	+ 4,8	+ 5,2	+ 4,1
Sonstige Dienstleistungen	+ 4,7	+ 5,9	+ 5,3	+ 5,6	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,2
Staat	+ 6,2	+ 5,5	+ 5,9	+ 6,4	+ 5,6	+ 6,0	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,2	+ 4,1
Wirtschaft insgesamt	+ 7,7	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,1	+ 5,1	+ 4,1	+ 2,2	+ 4,6	+ 3,5	+ 7,4

1) Vorläufig 2) Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen

Tabelle 6 „Produktivität“ je Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen 1) 1960 bis 1969 nach Jahren und Halbjahren
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

Wirtschaftsbereich	1961			1962			1963			1. Halbjahr
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Land- und Forstwirtschaft	+ 20,3	- 8,0	+ 5,2	- 11,2	+ 12,7	0,0	+ 12,3	+ 13,0	+ 12,7	+ 16,7
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 5,9	+ 3,5	+ 4,6	+ 2,4	+ 4,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 4,3	+ 2,5	+ 8,8
Energiewirtschaft und Bergbau	+ 7,4	+ 5,5	+ 6,5	+ 7,6	+ 10,2	+ 8,7	+ 9,6	+ 6,9	+ 8,4	+ 4,9
Verarbeitendes Gewerbe	+ 6,0	+ 3,5	+ 4,6	+ 2,8	+ 4,5	+ 3,6	+ 1,3	+ 4,4	+ 2,9	+ 9,0
Baugewerbe	+ 7,0	+ 4,1	+ 5,4	- 2,7	+ 3,8	+ 0,9	- 10,2	+ 5,2	- 1,5	+ 15,8
Handel und Verkehr	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,0	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,3	+ 3,7
Handel	+ 3,9	+ 1,4	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,0	- 0,3	+ 2,2	+ 1,0	+ 4,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,7	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,1
Dienstleistungen	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,9	+ 5,0	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,5	- 1,3	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,9	- 0,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,2	+ 4,6	+ 3,9	+ 5,4	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,1
Staat	+ 1,4	- 0,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6
Wirtschaft insgesamt	+ 6,0	+ 2,5	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,5	+ 3,4	+ 1,8	+ 4,2	+ 3,0	+ 7,1

1) Reales Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1954) je Erwerbstätigen 2) Vorläufig 3) Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen

1964		1965			1966			1967			1968 ¹⁾			1969 ²⁾		
Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr
2	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
- 0,3	+ 5,4	- 2,3	-10,1	- 6,2	- 9,9	+10,3	- 0,3	+10,1	+ 9,5	+ 9,8	+ 7,1	- 0,1	+ 3,3	+ 8,1	+ 4,8	+ 6,4
- 7,7	+ 8,4	+ 8,1	+ 5,6	+ 6,8	+ 3,9	+ 0,2	+ 2,0	- 4,0	+ 0,5	- 1,7	+ 8,2	+13,2	+10,8	+12,4	+ 5,5	+ 8,7
- 4,5	+ 3,4	+ 2,0	- 1,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	- 2,7	+ 0,5	- 1,1	+ 5,9	+ 8,5	+ 7,2	+ 5,5	+ 0,5	+ 2,9
- 8,5	+ 8,8	+ 9,4	+ 6,7	+ 8,0	+ 4,1	+ 0,2	+ 2,1	- 4,1	+ 1,2	- 1,4	+ 8,7	+13,7	+11,3	+14,3	+ 6,3	+10,0
- 4,0	+10,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,7	+ 0,1	+ 2,5	- 4,9	- 4,7	- 4,8	+ 6,0	+12,6	+ 9,7	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,0
- 5,2	+ 4,9	+ 6,0	+ 6,4	+ 6,2	+ 3,7	0,0	+ 1,8	- 1,5	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,4	+ 6,3	+ 5,4	+ 6,3	+ 2,5	+ 4,2
- 6,0	+ 5,7	+ 7,5	+ 6,7	+ 7,0	+ 3,3	- 0,2	+ 1,4	- 1,4	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,7	+ 5,5	+ 4,7	+ 5,6	+ 2,3	+ 3,8
- 3,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 5,8	+ 4,3	+ 4,7	+ 0,5	+ 2,5	- 1,9	+ 1,2	- 0,3	+ 6,0	+ 8,2	+ 7,1	+ 7,8	+ 2,9	+ 5,2
- 4,6	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,7	+ 4,2	+ 4,5	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,7
- 7,3	+ 5,7	+ 6,6	+ 6,3	+ 6,4	+ 7,2	+ 6,8	+ 7,0	+ 3,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,6
- 3,9	+ 3,6	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,1
- 4,3	+ 4,2	+ 5,3	+ 5,1	+ 5,2	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 3,8
- 6,1	+ 6,7	+ 6,6	+ 4,8	+ 5,6	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,2	- 1,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 6,4	+ 9,0	+ 7,8	+ 9,2	+ 4,5	+ 6,7

1964		1965			1966			1967			1968 ²⁾			1969 ³⁾		
Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr	1. Halb- jahr	2. Halb- jahr	Jahr
2	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
- 4,2	+10,2	+ 1,2	- 7,4	- 3,1	- 7,0	+14,1	+ 3,1	+14,4	+14,5	+14,4	+11,7	+ 3,9	+ 7,6	+12,6	+ 8,5	+10,5
- 6,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 4,2	+ 5,2	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,5	+ 5,1	+ 9,1	+10,5	+10,0	+ 8,4	+ 2,9	+ 5,4
- 6,4	+ 5,8	+ 5,2	+ 3,8	+ 4,5	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,2	+11,7	+ 8,9	+13,1	+13,0	+13,1	+ 9,9	+ 4,4	+ 7,1
- 7,1	+ 8,0	+ 7,1	+ 4,7	+ 5,9	+ 3,8	+ 1,6	+ 2,6	+ 0,3	+ 6,5	+ 3,5	+ 9,9	+10,4	+10,2	+ 9,3	+ 3,2	+ 6,0
- 3,2	+ 8,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 6,2	+ 2,3	+ 3,9	+ 6,1	+ 3,0	+ 4,5	+ 4,2	+11,1	+ 8,0	- 0,2	+ 0,9	+ 0,4
- 4,3	+ 4,0	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,4	+ 2,8	- 0,5	+ 1,1	- 0,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 4,8	+ 5,6	+ 5,3	+ 4,9	+ 1,1	+ 2,9
- 4,9	+ 4,7	+ 7,5	+ 6,8	+ 7,1	+ 1,6	- 1,5	- 0,1	- 0,8	+ 4,0	+ 1,8	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,3	+ 1,8
- 2,8	+ 2,5	+ 3,1	+ 6,3	+ 4,7	+ 5,9	+ 2,0	+ 3,8	- 0,1	+ 3,7	+ 1,7	+ 8,2	+ 9,2	+ 8,9	+ 8,2	+ 3,3	+ 5,6
- 3,8	+ 3,2	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,6	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0
- 2,9	+ 1,4	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,6	+ 2,4	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4
- 3,7	+ 3,4	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5
- 0,8	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4
- 5,4	+ 6,3	+ 5,8	+ 4,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,5	+ 5,2	+ 3,4	+ 7,1	+ 7,9	+ 7,6	+ 7,0	+ 2,9	+ 4,8

Tabelle 7
„Arbeitskräftebilanz“ (Entwicklung des Erwerbspersonen-Potentials, der Erwerbstätigen und der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen von 1960 bis 1969 nach Jahren und Halbjahren; Inlandskonzept) — in Tausend * —

Jahr Halbjahr	Erwerbspersonen (Potential)			Erwerbstätige					Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen				
	Inländer	Ausländer ¹⁾	Erwerbspersonen (Potential) insgesamt	Selbständige und mit-helfende Familien-angehörige	Arbeitnehmer			Erwerbstätige insgesamt	Registrierte Arbeitslose		Sonstige nichtbeschäftigte Erwerbspersonen	Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen	
					Inländer	Ausländer ¹⁾	Arbeitnehmer insgesamt		insgesamt	davon: konjunkturelle Arbeitslosigkeit ²⁾		insgesamt (Sp. 10 + Sp. 12)	davon: ungenutzte verfügbare Reserve (Sp. 11 + Sp. 12)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1960 Jahresdurchschnitt	26 108	290	26 398	5 916	19 885	290	20 175	26 091	262	40	45	307	85
1961 Jahresdurchschnitt	26 161	469	26 630	5 861	20 122	469	20 591	26 452	178	—	—	178	—
1962 Jahresdurchschnitt	26 159	632	26 791	5 730	20 275	632	20 907	26 637	154	—	—	154	—
1963 Jahresdurchschnitt	26 154	775	26 929	5 577	20 391	775	21 166	26 743	186	—	—	186	—
1964 Jahresdurchschnitt	26 112	910	27 022	5 432	20 513	910	21 423	26 855	167	—	—	167	—
1965 Jahresdurchschnitt	26 073	1 117	27 190	5 312	20 615	1 117	21 732	27 044	146	—	—	146	—
1966 Jahresdurchschnitt	25 983	1 244	27 227	5 212	20 521	1 244	21 765	26 977	169	23	81	250	104
1967 1. Halbjahr	25 954	1 054	27 008	5 133	20 026	1 054	21 080	26 213	539	250	256	795	506
1967 2. Halbjahr	25 883	984	26 867	5 091	20 051	984	21 035	26 126	393	200	348	741	548
1967 Jahresdurchschnitt	25 919	1 019	26 938	5 112	20 038	1 019	21 057	26 169	466	225	303	769	528
1968 ³⁾ 1. Halbjahr	25 800	956	26 756	5 022	20 055	956	21 011	26 033	424	186	299	723	485
1968 ³⁾ 2. Halbjahr	25 740	1 080	26 820	5 002	20 329	1 080	21 409	26 411	201	58	208	409	266
1968 ³⁾ Jahresdurchschnitt	25 770	1 018	26 788	5 012	20 192	1 018	21 210	26 222	313	122	253	566	375
1969 ⁴⁾ 1. Halbjahr	25 706	1 240	26 946	4 937	20 393	1 240	21 633	26 570	228	30	148	376	178
1969 ⁴⁾ 2. Halbjahr	25 534	1 430	26 964	4 898	20 492	1 430	21 922	26 820	124	—	20	144	20
1969 ⁴⁾ Jahresdurchschnitt	25 620	1 335	26 955	4 917	20 443	1 335	21 778	26 695	176	15	84	260	99

* Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

¹⁾ Im Bundesgebiet beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer

²⁾ Einschließlich überdurchschnittlicher Saisonarbeitslosigkeit

³⁾ Vorläufig

⁴⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen

Tabelle 8
Die Struktur der Arbeitslosen nach Berufsgruppen im 2. Halbjahr (1964 bis 1969)

Berufsgruppe	Kenn- ziffer	Berufsstruktur der Arbeitslosen 2. Halbjahr							Pers.
		1964	1965	1966	1967	1968	1969 ¹⁾		
		in v. H.							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	11	2,9	2,7	2,0	1,5	1,8	1,7	2 200	
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	12	1,5	1,8	1,4	1,0	0,7	0,7	800	
Bergleute, Mineralgewinner und -bearbeiter, Keramiker, Glasmacher	21, 22	3,4	3,7	3,0	3,0	2,6	2,9	3 600	
Bauberufe (ohne Bauhilfsberufe)	24	5,5	6,0	7,9	6,8	5,7	5,5	6 800	
Metallerzeuger und -bearbeiter, Schmiede, Schlosser, Mechaniker und dgl.	25, 26	9,2	10,7	12,2	14,3	10,4	9,5	11 800	
Elektriker	27	1,6	1,5	2,1	2,6	1,6	1,6	2 000	
Chemiewerker	28	1,0	2,0	1,0	1,2	1,0	0,9	1 100	
Kunststoffverarbeiter	29	0,2	0,2	0,4	0,5	0,3	0,3	400	
Holzverarbeiter und zugeh. Berufe	30	1,4	1,4	1,5	1,7	1,3	1,5	1 900	
Papierhersteller und -verarbeiter	32	0,6	0,5	0,6	0,7	0,5	0,6	700	
Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	33	0,7	0,6	0,5	0,7	0,5	0,6	700	
Textilhersteller und -verarbeiter, Handschuhmacher	34, 35	4,2	3,1	4,2	5,0	3,2	3,2	3 900	
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	36	0,8	0,8	1,1	1,3	0,8	1,0	1 300	
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	37	2,8	2,5	2,2	2,4	2,5	2,0	2 500	
Warennachseher, Versandfertigmacher, Lagerverwalter und ungel. Hilfskräfte (Bauhandlanger u. dgl.)	38, 39	22,8	23,8	28,6	23,9	25,6	25,2	31 200	
Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf	92	3,3	2,6	1,8	1,8	2,2	2,2	2 700	
Ingenieure, Techniker und verw. Berufe	41	1,7	1,8	1,7	2,4	2,9	2,7	3 400	
Technische Sonderfachkräfte	42	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	600	
Maschinisten und zugeh. Berufe	43	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,4	1 800	
Handelsberufe	51	5,0	4,3	3,6	4,5	6,1	6,5	8 100	
Verkehrsberufe, Gaststättenberufe	52, 61	6,5	6,4	5,9	6,0	6,0	5,6	6 900	
Hauswirtschaftliche Berufe	62	1,8	1,6	1,3	1,2	1,6	1,8	2 300	
Reinigungsberufe	63	3,1	2,6	2,5	2,9	3,0	2,9	3 600	
Dienst- und Wachberufe	67	2,5	2,5	2,0	1,9	2,6	2,6	3 200	
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	71	12,1	11,1	7,7	8,1	10,5	11,3	14 000	
Rechtswahrer, Ordnungs- und Sicherheitswahrer	72, 73	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	300	
Sozialpflegeberufe	77	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	100	
Gesundheitsdienstberufe, Körperpfleger	81, 65	1,0	1,5	1,1	1,1	2,0	2,1	2 600	
Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger, Übrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens	82, 83, 84	0,7	0,6	0,5	0,5	0,9	1,2	1 500	
Künstlerische Berufe	85	1,6	1,6	1,1	0,7	1,3	1,6	2 000	
Alle Berufsgruppen zusammen		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	124 000	

¹⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ANBA)

Tabelle 9
Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

— Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum —

1	1966	1967	1968 ¹⁾	1969 ²⁾	1970 ³⁾	1968 ¹⁾		1969 ²⁾	
	2	3	4	5	6	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	7	8	9	10					
— in Tausend —									
1. Bruttoinlandsprodukt (real, zu Preisen von 1954)
2. Inländische Erwerbspersonen (Inländer-Potential)	— 90	— 64	—149	—150	—140	—154	—143	— 94	—206
3. Erwerbstätige insgesamt	— 67	—808	+ 53	+473	+ 60	—180	+285	+537	+409
4. Arbeitnehmer insgesamt	+ 33	—708	+153	+568	+150	— 69	+374	+622	+513
5. Nichtdeutsche Arbeitnehmer	+127	—225	— 1	+317	+120	— 98	+ 96	+284	+350
6. Arbeitslose (registriert)	+ 23	+297	—153	—137	± 0	—115	—192	—196	— 77
7. Effektive Arbeitsmarktreserve	+104	+424	—153	—276	—100	— 21	—282	—340	—232
8. Produktivität *)
— in v. H. —									
1. Bruttoinlandsprodukt (real, zu Preisen von 1954)	+ 2,2	+ 0,3	+ 7,8	+ 6,7	+4,2	+ 6,4	+ 9,0	+ 9,2	+ 4,5
2. Inländische Erwerbspersonen (Inländer-Potential)	— 0,3	— 0,2	— 0,6	— 0,6	—0,6	— 0,6	— 0,6	— 0,4	— 0,8
3. Erwerbstätige insgesamt	— 0,2	— 3,0	+ 0,2	+ 1,8	+0,2	— 0,7	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,5
4. Arbeitnehmer insgesamt	+ 0,2	— 3,3	+ 0,7	+ 2,7	+0,7	— 0,3	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,4
5. Nichtdeutsche Arbeitnehmer	+11,4	— 18,1	— 0,1	+31,1	+9,0	— 9,3	+ 9,8	+29,7	+32,4
6. Arbeitslose (registriert)	+15,8	+175,7	—32,8	—43,8	±0,0	—21,3	—48,9	—46,2	—38,3
7. Effektive Arbeitsmarktreserve	.	+407,7	—29,0	—73,6	.	— 4,2	—51,5	—63,3	—92,5
8. Produktivität *)	+ 2,5	+ 3,4	+ 7,6	+ 4,8	+4,6	+ 7,1	+ 7,9	+ 7,0	+ 2,9

1) Vorläufig

2) Schätzung

3) Schätzung auf Grund der Zielprojektion

*) Reales Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1954) je Erwerbstätigen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen